



ADAFA Seminar | ADAFA Séminaire
17. - 18.11.2018
Berlin

**„Wohin mit der Europäischen Union?
Deutsch-französische Perspektiven auf
aktuelle Herausforderungen der EU“**

***„Quelles voies pour l'Union
européenne ? Perspectives franco-
allemandes sur les défis actuels de l'UE“***

#adafaberlin18 #adafa

@ADAFA_FrDe

adafa.eu

© ADAFA 2019



Robert Bosch
Stiftung

Dieses Seminar wird von der Robert Bosch
Stiftung gefördert.
*Ce séminaire est financé par la Fondation
Robert Bosch.*



Mit freundlicher Unterstützung
von
Avec l'aimable soutien de

 **Université
Paris Nanterre**
—
EA 4418
CRPM
(Centre de recherches
pluridisciplinaires et multilingues)

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

ifri institut français
des relations
internationales

Einleitung

Am 17. und 18. November 2018 fand in Berlin das Seminar des Alumnivereins des Deutsch-Französischen Zukunftsdialogs (ADAFD) statt. Das Seminar wurde von der Robert Bosch Stiftung, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem Institut français des relations internationales (Ifri), der Université Paris Nanterre, der Humboldt-Universität zu Berlin gefördert und von dem Programm *Utopie Europa* des Instituts Français d'Allemagne und der Université Franco-Allemande unterstützt.

Nur wenige Monate vor den Europawahlen und angesichts der Unsicherheit über den Wahlausgang, wollte das Organisationskomitee konkrete Fragen zur Zukunft der Europäischen Union stellen. So gaben uns zwei Expertengruppen einen Überblick über die Antworten der Europäischen Union auf die beiden großen Herausforderungen der Digitalisierung und der amerikanischen Politik unter Donald Trump. Anschließend gaben die *World Cafés* den Adafiens die Möglichkeit, sich miteinander auszutauschen und sehr konkrete Antworten und Lösungen für die Probleme vorzuschlagen, auf die sich die Europäer bereits konzentrieren: Umwelt, Brexit und die institutionelle Zukunft der EU.

Für die Organisation dieses Seminars danken wir Emmanuelle Bautista, Dorothée Cailleux, Erik Haase, Alain Hermann, Simone Maderspacher, Clémentine Roth und Yoan Vilain.

Panel 1

Die Europäische Union und die Digitalisierung

Dieses erste Panel unseres Seminars befasste sich mit der Digitalisierung. Unter der Leitung von Caroline Ebner (ARD-Tagesschau/ADAFa 2014) profitierte die Diskussion stark von der Vielfalt der fünf Panelisten. Aus der institutionellen, akademischen oder unternehmerischen Welt kommend, konnten sie in etwa fünfzig Minuten die aktuellen Herausforderungen der Digitalisierung und ihre großen zukünftigen Herausforderungen skizzieren.

David Barret ist Mitbegründer der Berliner Niederlassung von *French Tech* und Director of Development and Partnership bei Vattenfall.

Paul-Jasper Dittrich ist Forscher am *Jacques-Delors-Institut*. Seine Forschung konzentriert sich auf den Einfluss der Digitalisierung auf Europa und auf die europäische Politik.

Anne Le Rolland arbeitet für die *Wirtschaftsförderung Berlin* (Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie) und insbesondere für das Programm *Start Alliance*, das die Internationalisierung von Start-Ups unterstützt.

Robert Riemann (ADAFa 2017) ist Cybersicherheitsbeauftragter beim *Europäischen Datenschutzbeauftragten* (EDSB).

Karine Rübner ist die Referentin beim *Bundesverband Digitale Wirtschaft*, einer Interessenvertretung für die digitale Wirtschaft.

Alle sind sich einig, dass die Digitalisierung einen radikalen Wandel in unserem Lebensstil darstellt, der nicht nur mehr oder weniger finanzielle Mittel erfordert, sondern auch eine vollständige Veränderung unserer Denk- und Organisationsweisen. So wird mehrfach betont, dass es notwendig ist, von klein auf die Herausforderungen der digitalen Technologien zu trainieren, um die entsprechende Mentalität zu schaffen,

die diesen Wandel begleitet. Die Bedeutung einer Ausbildung, die den richtigen Umgang mit dieser Technologie trainiert, scheint hier der Schlüssel zu sein.

Es geht nicht mehr darum, spezifisches Wissen in einem bestimmten Bereich anzusammeln, sondern darum, „Lernen zu lernen“, denn der Sektor entwickelt sich sehr schnell und impliziert, dass seine Akteure ein Leben lang geschult werden. Jedoch ist die Weiterbildung sowohl in Frankreich als auch in Deutschland noch zu wenig entwickelt oder wird den Arbeitnehmern selbst überlassen!

In den Vereinigten Staaten hat diese Förderung von Innovation und Wandel seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Entwicklung einer fruchtbaren kreativen Wissenschaftslandschaft ermöglicht, von der das Silicon Valley nur der jüngste Beweis ist. Aber das amerikanische "permission of innovation"-Prinzip steht dem europäischen Vorsorgeprinzip gegenüber. Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Bürger, aber auch wirtschaftliche Vorsichtsmaßnahmen. Das Scheitern wird in Europa immer noch zu stark sanktioniert, sowohl finanziell als auch sozial, wenngleich es zu den akzeptierten Risiken und dem normalen Kurs eines Unternehmers in den Vereinigten Staaten gehört. Viele Redner wünschen sich eine stärkere Unterstützung von Start-Ups, vor allem aber eine größere öffentliche Akzeptanz und damit eine stärkere Zusammenarbeit zwischen institutionellen, akademischen und wissenschaftlichen Akteuren und privaten Akteuren.

Auch die Europäische Union greift das Thema nach und nach auf. Die Abschaffung der Roamingentgelte und die neue Allgemeine Datenschutzverordnung (DGVSO) spiegeln dieses Engagement für die digitale Integration wider. Aber die Unterschiede in den Kulturen und Traditionen der Mitgliedstaaten verlangsamten Entscheidungen in der Europäischen Union, während andere Großmächte, die in ihrer Einheit stark sind, versuchen, ihr eigenes digitales Modell durchzusetzen.

Die Panelmitglieder mussten dann folgende Feststellung machen: Ein Umdenken, das eine bessere Vernetzung der Akteure des Sektors und eine größere Wertschätzung von Innovation ermöglicht, wäre für die Europäische Union notwendig, damit sie im Bereich der Digitalisierung nicht (noch weiter?) zurückfällt.

Panel 2

Welche europäische Politik in der Ära Trump?

Moderiert von Isabelle Maras (International Expert in Support of External Relations and Partnerships an der Deutsch-Französischen Universität - ADAFA 2008), ermöglichte uns dieses zweite Panel einen Einblick in die Methode "Trump" und die verschiedenen Formen der Diplomatie in Amerika. Darüber hinaus geben uns die derzeitigen Beziehungen der Europäischen Union zu den Vereinigten Staaten von Amerika einen guten Überblick über die Themen und Herausforderungen der zukünftigen europäischen Politik.

Emmanuelle Bautista (ADAFA 2013) ist Wirtschaftsberaterin bei der *Ständigen Vertretung Frankreichs bei der Europäischen Union*.

Céline Caro (ADAFA 2010) arbeitet im Bereich der europäischen und internationalen Zusammenarbeit im US-Büro der *Konrad-Adenauer-Stiftung* in Washington.

Ronja Kempin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der *Stiftung Wissenschaft und Politik*, die die Bundesregierung bei ihrer Außenpolitik berät. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Sonja Thielges ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung* in Potsdam. Ihre Forschung konzentriert sich auf die Energiepolitik der G20-Länder und insbesondere der Vereinigten Staaten.

Mit Trump ist eine radikal andere Art, Politik zu machen, in das Weiße Haus eingezogen. Derjenige, der daran arbeitete, einen Großteil der Errungenschaften seiner Vorgänger aufzulösen, entschied sich für einen weniger institutionellen und persönlicheren Umgang mit der Außenpolitik. Ein Beweis dafür sind die verschiedenen Absagen, die sein Mandat bisher geprägt haben: Rückzug des iranischen Atomabkommens, des Pariser Klimaabkommens, Initiativen im Nahen Osten,

Blockaden bei der WTO..... Diese werden von einer Politik begleitet, die bilaterale Beziehungen und Abkommen fördert. Die Unterstützung des Brexits und die Feindseligkeit gegenüber der Europäischen Union sind Teil derselben Strategie, die seit Jahrtausenden besteht: *divide und impera*.

Der Sieg vieler demokratischer Kandidaten bei den Halbzeitwahlen bedeutet nicht das Ende der Trump-Politik. Obwohl es einen echten Erfolg für die Demokratische Partei darstellt (44 Millionen Stimmen gegen 33 Millionen für die *GOP*) und ihr eine Mehrheit im Repräsentantenhaus gegeben hat - und damit die Kontrolle über die parlamentarische Agenda, die Befugnis, parlamentarische Anhörungen abzuhalten und den Zugang zu vertraulichen Informationen -, könnte die Niederlage der Republikaner Trump dazu bringen, seine Politik zu beschleunigen und aggressiver zu gestalten. All dies könnte zu Kakophonie und Lähmung des amerikanischen Staatsapparates führen.

Aber Washingtons Protektionismus und Unvorhersehbarkeit sind nicht die einzigen Herausforderungen für die Europäische Union. Es lassen sich drei Arten unterscheiden: die Schwächen der EU innerhalb der EU (zunehmender Populismus und Euroskeptizismus), der wachsende Einfluss ausländischer Großmächte auf einige Mitgliedstaaten (Chinas 16+1 Treffen mit osteuropäischen Ländern) und die Schwierigkeiten der EU, sich auf der internationalen Bühne durchzusetzen.

Frankreich und Deutschland scheinen die einzigen beiden Länder zu sein, die europäische Lösungen für die aufgeworfenen Probleme vorschlagen. Indem sie ihre Unterstützung für die WTO bekräftigen, stehen die beiden Länder im Widerspruch zur Außenpolitik von Donald Trump.

Wenn es der Europäischen Union gelingt, eine kohärente gemeinsame Umwelt- und Energiepolitik zu entwickeln, könnte diese offensichtliche Opposition sogar dort als verbindendes Element dienen, wo die Politik von Donald Trump endlich auch in den Vereinigten Staaten zu Meinungsverschiedenheiten geführt hat. Viele Städte, Staaten, Unternehmen usw. haben sich bereit erklärt, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. So gab es beispielsweise sogar eine informelle Delegation, die die Vereinigten Staaten bei der COP 24 in Katowice vertreten sollte.

World Café

Energie und Umwelt in der EU

Klima- und Energiefragen stehen im Mittelpunkt vieler Erwartungen der europäischen Bürger und könnten bei den bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament ein Thema sein. Ihre Beantwortung ist nicht einfach, da die Parameter so komplex und vielfältig sind. Dennoch erweist sich der Klimawandel als die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts in Europa und der Welt. Drei Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen stellen sich diese Fragen: wie können wir konkrete kurzfristige Fortschritte vorschlagen? Wie können wir sowohl zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger als auch zur Bewältigung globaler Herausforderungen unter Beachtung der finanziellen Zwänge beitragen?

Historisch gesehen basieren die Energiesektoren in Frankreich und Deutschland auf unterschiedlichen Systemen, was eine Asymmetrie in den Debatten in beiden Ländern bedeutet. Deutschland muss seinen angekündigten Ausstieg aus der Kernenergie bei gleichzeitiger Reduzierung des Kohleverbrauchs umsetzen, um seine Klimaziele zu erreichen und ohne die traditionell kohleproduzierenden und oft benachteiligten Regionen zu überraschen. Frankreich, das historisch stark von der Kernenergie abhängig und eher eine treibende Kraft für die Einführung von CO₂-Preisen ist, steht nach der Ankündigung einer Erhöhung der Kraftstoffpreise (die schließlich aufgegeben wurde) vor einem historischen sozialen Konflikt. Dies steht der Konvergenz bei den aktuellen Herausforderungen, insbesondere bei der Priorität, die den erneuerbaren Energien und der Dezentralisierung eingeräumt wurde, nicht entgegen. Im Hinblick auf die Harmonisierung ihrer Politik arbeiten Frankreich und Deutschland nicht nur an konkreten Projekten zusammen, sondern haben auch ihre Zusammenarbeit institutionalisiert, indem sie das Deutsch-Französische Büro für die Energiewende gegründet und kontinuierliche und hochrangige Arbeitsgruppen eingerichtet haben.

VORSCHLÄGE DER ADAFIANS

Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Energiesektor ist, wie in anderen Wirtschaftszweigen auch, auf verschiedenen Ebenen tätig. Eine verstärkte Zusammenarbeit scheint uns in mehreren Bereichen relevant zu sein:

- CO2-Preise als Orientierungshilfe für Investitionen
- Umsetzung abgestimmter Strategien zur Transformation der Energiesysteme
- Innovationen zur Förderung der Nutzung dekarbonisierter Energie durch emittierende Industrien
- Energiewende im Verkehrssektor
- langfristige Governance für die Koordination und Umsetzung des Energie-/Klimapakets
- Neuausrichtung der Finanzströme und Investitionen auf sogenannte "grüne Energien"

Diese verstärkte Zusammenarbeit muss sich auf mehrere Elemente stützen:

- ein systemischer Ansatz unter Einbeziehung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft
- verstärkte Aufklärung über ökologische und umweltbezogene Fragen
- Maßnahmen auf lokaler Ebene, der wirklich "relevanten" Ebene
- Berücksichtigung der sozialen Dimension des Energiewandels, was bedeutet, dass das Problem der Brennstoffarmut angegangen und die ökologische Besteuerung überprüft werden muss
- verstärkte Unterstützung von Innovation und Forschung

World Café

Die institutionelle Zukunft der EU

Julien Chiappone (Vorsitz) eröffnete die Diskussion mit dem Hinweis, dass die EU eine schwierige Zeit durchläuft, mit der Migrationskrise, dem Anstieg des Populismus, Brexit, der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der EU, internationalen Spannungen etc. Angesichts all dieser Gefahren und angesichts der EU-Wahlen kann institutionelle Kreativität gefordert sein, insbesondere um die Bürger näher an die EU heranzuführen und das Gefühl (ob nun begründet oder nicht) des Fehlens einer demokratischen Legitimität ihrer Institutionen zu verringern, wenn nicht gar zu beseitigen.

Im Wesentlichen konzentrierten sich die Diskussionen auf dieses Thema, abgesehen von denen einer möglichen Erweiterung, die nicht auf der Tagesordnung zu stehen scheint, oder der Schaffung von Institutionen, die die Mitgliedstaaten zusammenbringen und bereit sind, ihre Zusammenarbeit zu verstärken.

Die Beobachtung aller Teilnehmer ist, dass die EU zu Recht als ein rein wirtschaftliches Projekt erscheint, bei dem technische Diskussionen außerhalb des Rahmens der Politik stattfinden, zu der die Bevölkerung Zugang hätte. Mehrere Teilnehmer betonten, dass nationale Politiker in verschiedenen EU-Ländern dazu beitragen, das Ansehen der Europäischen Union weiter zu verschlechtern, indem sie behaupten, dass "Brüssel" ihnen Maßnahmen auferlegt, die sie tatsächlich im Rat gebilligt haben, und dabei den relativen Mangel an Wissen der Bevölkerung über den Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene und die Zusammensetzung des EU-Rates nutzen.

Darüber hinaus scheinen sich politische Mitarbeiter der großen traditionellen Parteien (zumindest in Frankreich, etwas weniger in Deutschland) nur für Wahlzwecke für die EU zu interessieren und suchen nur als letztes Mittel ein europäisches Mandat, wenn alle Zugangswege zu den nationalen Stellen für sie gesperrt sind. Während populistische Bewegungen alle "Übel" hervorheben, die die EU den Bürgern in ihren Augen "aufdrückt", wird sehr wenig getan, um zu zeigen, welchen Nutzen die Europäische Union für den Alltag hat.

Die Idee einer Vertragsänderung im derzeitigen Kontext scheint nicht durchführbar, weil das Thema zu sensibel ist (jeder erinnert sich an das Scheitern des Entwurfs einer "Europäischen Verfassung"), so dass die Debatte Vorschläge aufführt, deren Umsetzung im bestehenden Rahmen möglich wäre.

VORSCHLÄGE DER ADAFIANS

- transnationale Listen für die Europawahlen einzuführen, die Menschen mit einem echten Interesse an der europäischen Politik umfasst und nicht diejenigen, die an nationalen Wahlen gescheitert sind; die Umsetzung ist derzeit schwierig, da die traditionellen Parteien diese Idee nicht unterstützen. Können wir dazu beitragen, dass sich echte transnationale Parteien herausbilden?
- die nichtwirtschaftlichen Aspekte der europäischen Integration hervorzuheben, insbesondere die durch die EU-Charta der Grundrechte garantierten Menschenrechte, die weiter geachtet werden sollten (Beispiel Polen und Ungarn, wo die EU Schwierigkeiten hat, Sanktionen zu verhängen); es wäre wünschenswert, über das Beitrittsverfahren hinaus, eine Verbindung zwischen dem Zugang zu EU-Mitteln und der Achtung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit herzustellen
- die Macht der lokalen Ebene zu stärken, d.h. die Ebene, auf der die Bürger die Folgen des politischen Handelns direkt sehen und das Vertrauen in das politische Personal am größten ist. Ziel ist es, das Monopol der Nationalisten/Populisten zur "Verteidigung" lokaler Interessen und regionaler Besonderheiten zu beseitigen, insbesondere durch die Schaffung direkter Verbindungen zwischen lokalen Behörden und EU-Institutionen, ohne die nationale Ebene zu durchlaufen. Zu diesem Zweck sollten die lokalen Behörden eine echte politische Rolle in europäischen Angelegenheiten erhalten (z.B. sollten sie in den Prozess der Umsetzung von Richtlinien einbezogen werden, um sie an die lokale Situation anzupassen). Den Bürgermeistern ein gewisses Initiativrecht geben (Richtlinienvorschläge)?

- in gleicher Weise dem Ausschuss der Regionen (heute ein einfaches beratendes Organ), das zu einer dritten parlamentarischen Kammer werden könnte, die die Regionen vertritt, echte Entscheidungsbefugnisse zu übertragen
- mehr in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu investieren, denn auch hier können die Bürger die Vorteile dieser Politik in ihrem täglichen Leben sehen (Beispiel der Region Straßburg-Ortenau)
- Investitionen in den Austausch zwischen Schulen und Universitäten: z.B. ein Pflichtsemester in einem anderen EU-Land während des Schuljahres
- den allgemeinen Kenntnisstand über die Funktionsweise der EU zu verbessern, insbesondere durch Umbenennung des Rates der Union und des Europäischen Rates, deren Namen zu nahe beieinander liegen, was verwirrend ist, zumal es auch einen Europarat gibt, der keine EU-Institution ist

World Café

Die EU und Brexit

Was die Ursachen des Brexits betrifft, so sind neben verschiedenen zyklischen Faktoren, die in den Medien häufig genannt werden, die Verbindlichkeiten aus den schwierigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EWG und den damaligen EU-Mitgliedstaaten ein wichtiges Element. Zu diesen alten Ursachen gehört ein oft vergessenes Element, nämlich, dass die Briten einen gewissen "Groll" beibehalten haben, da zweimal gegen ihren Antrag an die EWG nach dem Veto von General de Gaulle gestimmt wurde. Darüber hinaus ist das Vereinigte Königreich eine sehr alte Demokratie, die es nicht akzeptiert, dass ihr Regeln auferlegt werden, für die das Land nur Mitentscheidungsbefugnisse hat. Im Gegensatz zu den anderen EU-Mitgliedstaaten (zumindest denen, die vor 2004 beigetreten sind), allen voran Frankreich und Deutschland, hatte das Vereinigte Königreich nie eine emotionale Beziehung zur EU. Das emotionale Vokabular, das von kontinentalen Gesellschaften verwendet wird, um die Mitgliedschaft in der EU zu umschreiben, spricht von einer "Schicksalsgemeinschaft". Deren Zugehörigkeit hat Auswirkungen auf sehr weite Lebensbereiche der europäischen Bürger, im Gegensatz zu einer internationalen Organisation wie beispielsweise der WTO. Die Briten hatten immer eine utilitaristischere Sichtweise auf die EU.

Dies muss auch berücksichtigt werden, um echte Diskussionen zwischen dem Vereinigten Königreich und anderen EU-Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Die Idee der Debatte besteht nicht darin, die gegenwärtige Realität zu bereuen, indem man die Geschichte neu schreibt, im Affekt reagiert und nach Möglichkeiten sucht, den Brexit zu verhindern, sondern ihn zu akzeptieren, um darüber nachzudenken, was pragmatisch möglich ist. Denn man weiß, dass ein nahezu identischer Kooperationsrahmen wie der derzeit bestehende unmöglich ist. Dies erklärt auch, warum innenpolitische Fragen im Vereinigten Königreich (Euroskepsis des Labour-Führers angesichts der Forderungen nach einem neuen Referendum eines großen Teil seiner Mitglieder, Bruch innerhalb der Tories) und die Aussichten auf ein neues

Referendum von der Diskussion ausgeschlossen wurden, obwohl darauf hingewiesen wurde, dass bei den Diskussionen über das Abkommen die Rollen oft umgekehrt werden.

Bezüglich des Vereinigten Königreichs im Falle eines Ausstiegs ohne Abkommen, ergab sich aus den Diskussionen die geringe Wahrscheinlichkeit eines Auseinanderbrechens des Landes. Im Falle Schottlands machen die Müdigkeit der Schotten nach mehreren Referenden (wie zur Unabhängigkeit und zum Brexit), das Beispiel Quebec (keine Unabhängigkeit trotz mehrerer Referenden) und die negativen Folgen der Unabhängigkeit (Handelsbeziehungen zum Vereinigten) diese mehr als unwahrscheinlich. Im nordirischen Fall würde das Problem des Beitritts sicherlich nicht grundsätzlich auftreten, da eine Verbindung zu Irland nach dem gleichen Prinzip wie die deutsche Wiedervereinigung interpretiert werden könnte. Jedoch ist das Fehlen einer echten öffentlichen Unterstützung für die Unabhängigkeit hier der entscheidende Faktor dagegen.

Was das Austrittsabkommen und die künftigen Beziehungen betrifft, so konzentrierten sich die Diskussionen in den öffentlichen Debatten auf die Freizügigkeit und nicht auf die verschiedenen Politikfelder der konkreten Zusammenarbeit mit der EU. Die Diskussionen zeigten die Schwierigkeiten, einen Kompromiss zu finden. Tatsächlich ist das Vereinigte Königreich bereit, die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen fortzusetzen, und ist der Ansicht, dass es der EU Vorschläge unterbreiten sollte, weil seiner Ansicht nach Blockaden kommen werden. Die anderen europäischen Staaten erwidern jedoch, dass sie die Integrität der EU wahren wollen, um zu vermeiden, dass der Status eines Drittstaates einigen Staaten als vorteilhafter erscheint als die der Mitgliedstaaten (also Vorteile ohne die Nachteile durch ein Abkommen); jedoch spielen die Blockaden bei der Freizügigkeit auf der britischen Seite hier eine wesentliche Rolle, da diese Freiheiten im Rahmen der EU grundlegend sind.

Im Bereich der Forschung werden Bedenken hinsichtlich der unter "Horizon 2020" durchgeführten Programme geäußert, auch wenn es Initiativen gibt, wie die der Universität Oxford, die ein Verbindungsbüro in Berlin schafft.

Im Hinblick auf Bildung wird sicherlich betont, dass das Studium in Großbritannien für EU-Bürger teurer werden, aber es wird auch daran erinnert, dass dies für die Briten andererseits nichts ändern wird, weil sie auch während Erasmus Gebühren an ihrer Heimatuniversität bezahlen mussten. So wird die Situation einfach die gleiche sein wie mit den Vereinigten Staaten.

Was die Verteidigung betrifft, so ist die Situation anders, weil sie auf beiden Seiten anerkannt wird. Die europäische Verteidigung und die militärischen Fähigkeiten sind, abgesehen von Frankreich, ohne das Gewicht des Vereinigten Königreichs begrenzt.

Auf der Tagesordnung stand, dass die Gespräche über die künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Als Beispiel wurde der Fall der Schweiz genannt, einem Land, mit dem noch nicht alle Aspekte der Beziehungen zu EU vollständig geklärt sind.

In Bezug auf die Beziehungen zu Staaten außerhalb der EU wurde betont, dass die Situation im Vereinigten Königreich komplex ist. Tatsächlich kann der Staat keine Gespräche über Handelsabkommen führen, da er im Zollbereich der EU liegt, und sobald sich das Vereinigte Königreich in einer schwachen Position befindet, ist sein Gewicht als unabhängiger Staat viel weniger wichtig als das der EU Staaten. Die Realität der wirtschaftlichen Interessen von Drittländern wird schwerer wiegen als "freundschaftliche Verbindungen", die in künftigen Handelsabkommen enthalten sind.

Abschließend wird eine optimistischere Bemerkung erwähnt: Es gibt Verbindungen auf lokaler und regionaler Ebene, und diese Verbindungen können trotz des sich ändernden Kontextes der Beziehungen des Vereinigten Königreichs zu anderen EU-Staaten aufrechterhalten werden.